



Antrag

der Abgeordneten **Volkmar Halbleib, Reinhold Strobl, Harald Güller, Günther Knoblauch, Dr. Herbert Kränzlein** und **Fraktion (SPD)**

Bericht zur BayernLB

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen über die aktuellen Entwicklungen bei der BayernLB zu berichten, insbesondere zu folgenden Punkten:

- Wieso wird bezweifelt, dass sich die BayernLB in der gerichtlichen Auseinandersetzung mit der HGAA durchsetzen kann?
- Um welche finanziellen Größenordnungen geht es letztlich für die Bilanz der BayernLB und für den Staatshaushalt bei der Auseinandersetzung mit der HGAA insgesamt?
- Welche Risiken in welcher Höhe gibt es bei der MKB und welche finanziellen Folgen könnten sich daraus für den Staatshaushalt insgesamt ergeben?
- Welche Auswirkungen durch HGAA und MKB gibt es voraussichtlich auf das Jahresergebnis 2013 der BayernLB und die Folgejahre, welche Auswirkungen auf den Staatshaushalt in 2014 und in den Folgejahren?
- Welche der aktuell genannten Risiken bzw. Unwägbarkeiten waren der Staatsregierung bereits vor der Landtagswahl am 15. September 2013 bekannt? Sofern sie erst nach der Landtagswahl bekannt geworden sind: aufgrund welcher neuen Daten und Fakten bzw. Informationen und Einschätzungen?

Der Landtag hält es für erforderlich, dass dieser Bericht vom Ministerpräsidenten persönlich gegeben wird.

Begründung:

Am 7. Januar 2014 berichtet der Münchner Merkur unter der Überschrift „Seehofer befürchtet Haushaltsloch“, dass der bayerische Ministerpräsident neue Risiken bei der BayernLB und infolge davon auch für den Staatshaushalt sieht. So bestünden Unwägbarkeiten in Milliardenhöhe bei der Landesbank durch die österreichische HGAA und die ungarische MKB. Im Zusammenhang mit der gerichtlichen Auseinandersetzung um 4,6 Mrd. Euro zwischen der BayernLB und der HGAA bringt der Ministerpräsident erstmals einen Vergleich zwischen den beiden Banken ins Spiel.

Diese Einschätzungen über milliarden schwere Unwägbarkeiten und die Befürchtung eines Haushaltslochs für den Freistaat Bayern sind für die bayerische Öffentlichkeit und auch den Landtag neu. Noch vor der Landtagswahl am 15. September 2013 wurde sowohl durch die Staatsregierung als auch durch die BayernLB der Eindruck vermittelt, die Bank sei wieder auf einem vernünftigen Weg, man hätte die Probleme quasi im Griff. Wenige Monate nach der Landtagswahl stellt sich die Situation offensichtlich ganz anderes dar, da sogar der Regierungschef auf Probleme in Milliardenhöhe hinweist.

Da der Landtag über staatliche Beteiligungen wie die BayernLB entscheidet, ist ein Bericht des Ministerpräsidenten im zuständigen Haushaltsausschuss erforderlich.